

Grosser Rat.

Wer zahlt künftig den LehrerInnen den Lohn?

Neuordnung bei der Finanzierung der Löhne für Lehrerinnen und Lehrer im Kanton Bern: Der Staat übernimmt die Lohnkosten für die Mittel- und Berufsschulen ganz. Dafür belastet er die Gemeinden bei den Volksschulen stärker.

Der Grosse Rat stimmte dem Dekret zur Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer mit 110 zu 13 Stimmen zu. Beim Verteilschlüssel unter den Gemeinden folgte das Parlament nicht dem Antrag der Regierung. Diese hatte vorgeschlagen, zu 52 Prozent auf die ausgeglichene absolute Steuerkraft, zu 40 Prozent auf die Anzahl Schülerinnen und Schüler und neu zu acht Prozent auf die Klassenzahl in der jeweiligen Gemeinde abzustellen. Der heute geltende Verteiler lautet 55 Prozent Steuerkraft und 45 Prozent Schülerzahlen.

Die Ratsmehrheit zog den Antrag der SVP mit 84 zu 74 Stimmen demjenigen der Regierung vor. SVP-Grossrat Rudolf Zesiger hatte zum Schutz der finanzschwachen Landgemeinden den Teiler 55 (Steuerkraft), 37 (Schülerzahl), 8 (Klassenzahl) vorgeschlagen. Die Gemeinden werden künftig 67 Prozent der Löhne (vorher 57 Prozent) der Volksschullehrer bezahlen, der Kanton noch 33 Prozent (vorher 43 Prozent).

Viele Ratsmitglieder hatten zuvor Fragezeichen hinter die Neuaufnahme der Klassenzahl in den Kostenteiler gesetzt. Die Grünen befürchteten eine Zweiklassengesellschaft im Schulwesen, welche armen Gemeinden die Neueröffnung von Klassen erschwere oder gar verunmögliche. Die Streichung der Klassenzahl aus dem Teiler wurde indes vom Rat abgelehnt.

Erziehungsdirektor Peter Schmid bezeichnete den Einbezug der Klassenzahl als Einbau eines kleinen Verursacherfaktors. Eine Zweiklassengesellschaft schloss er mit Hinweis auf die gesamtkantonalen Richtlinien aus. Das neue Finanzierungsmodell sei übersichtlicher, einfacher und rationeller, ohne jedoch zu einer Zentralisierung der Schulverwaltung zu führen.

Berner Tagwacht, 12.11.1993.

Berner Tagwacht > Loehne. Lehrkraefte. TW, 1993-11-12